- V-



Herrn Stadtverordnetenvorsteher Volker Zeidler

im Hause

üben -I-

Beantwortung der Anfrage der Fraktion "Wir für Kassel" zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung Vorlage Nr. 101.18.1711 Jugendparlament

## Wie ist der Sachstand zur Einrichtung eines Jugendparlaments?

Seit Februar 2020 arbeitet Maria Grüning als Mitarbeiterin im Jugendamt an der Einrichtung des Jugendgremiums, gemäß dem in 2018 beschlossenen Konzeptvorschlag. Wie bekannt, müssen zur Umsetzung des Gremiums kommunale Satzungen angepasst bzw. geändert werden. Hauptsächlich braucht es aber eine eigene Satzung des Jugendgremiums. Diese erstellt Frau Grüning derzeit im Entwurf, bevor sie auf den Beschlussweg durch die Gremien geht. Hier konnten schon einige Fortschritte gemacht werden.

Damit das Vorhaben gelingen und ein repräsentatives Jugendgremium in Kassel für junge Menschen zwischen 13 und 21 Jahren ein wirksames Format politischer Beteiligung werden kann, werden die Einschätzungen der Praktiker\*innen vor Ort, die mit jungen Menschen in den unterschiedlichen Stadtteilen in Kontakt sind, mit in den Prozess des Satzungsentwurfs eingebunden. Um möglichst früh in einen regelmäßigen Austausch miteinander zu kommen und die Ergebnisse in den Prozess der Einrichtung einfließen zu lassen, wurden regelmäßige Rückkopplungsgespräche mit Praktiker\*innen der Kasseler Jugendarbeit (städtische Mitarbeitende und Mitarbeitende der freien Träger) vereinbart und über die AG 78 beworben. Die Gespräche finden i.d.R. alle sechs bis acht Wochen mit unterschiedlichen Schwerpunkten (z.B.: Wahlkreisbildung oder Akquise von jungen Menschen für das Jugendgremium) statt. Zwei Termine fanden bereits im Juni (4.6. Konstituierung und 25.6. Wahlkreismodelle) per Videokonferenz statt. Ebenso sind Rückkopplungsgespräche mit dem Stadtschüler\*innenrat in Vorbereitung.

Leider hatte und hat die Corona-Pandemie Auswirkungen auf den Umsetzungszeitplan für das repräsentative Jugendgremium. Sobald klar ersichtlich ist, wann die entsprechenden Vorlagen in die Gremien gehen, kann die Verwaltung des Jugendamtes darüber informieren.

Ulrike Gote Stadträtin